

# Klimawandel Norddeutschland

**6. Regionalkonferenz des Bundes und der norddeutschen Länder am 3. Juni 2021 in Hamburg - Gemeinsame Erklärung der norddeutschen Länder**



## **Nicht genug oder doch zu viel – ein neuer Umgang mit Wasser Strategien und Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels**

Jan Philipp Albrecht

Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung Schleswig-Holstein

Jens Kerstan

Senator für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft der Freien und Hansestadt Hamburg

Olaf Lies

Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz Niedersachsen

Christian Pegel

Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Maike Schaefer

Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau der Freien Hansestadt Bremen

Norddeutschland mit seinen ausgeprägten Küstenregionen ist zunehmend von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Nach den vorliegenden klimawissenschaftlichen Erkenntnissen wird diese Entwicklung weiter voranschreiten und die damit verbundenen Risiken und Schäden werden deutlich zunehmen. Neben einem konsequenten Eintreten für die Einhaltung der in Paris vereinbarten Klimaziele geht mit den auch dadurch nicht mehr zu vermeidenden Auswirkungen des Klimawandels die Erforderlichkeit frühzeitigen Gegensteuerns gegen unerwünschte Folgen einher.

# Klimawandel Norddeutschland

## 6. Regionalkonferenz des Bundes und der norddeutschen Länder am 3. Juni 2021 in Hamburg - Gemeinsame Erklärung der norddeutschen Länder



Die für die Anpassung an den Klimawandel federführenden Minister, die Senatorin und der Senator der norddeutschen Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein geben folgende „Gemeinsame Erklärung“ ab:

1. Die für die Klimaanpassung federführenden norddeutschen Minister, die Senatorin und der Senator stellen fest, dass der Klimawandel neben den Folgen des Meeresspiegelanstiegs und Sturmfluten auch mit einem veränderten Niederschlagsgeschehen von Starkregenereignissen bis hin zu längeren Trockenperioden zu steigenden Beeinträchtigungen und Schäden für Mensch und Umwelt sowie zu erheblichen Sachschäden in Norddeutschland führt.
2. Sie halten es daher für erforderlich, Strategien zu entwickeln und rechtzeitig Maßnahmen voranzutreiben, die geeignet sind, Personen-, Sach- und Umweltschäden durch Starkregenereignisse und Trockenperioden auch für die kommenden Jahrzehnte möglichst gering zu halten.
3. Sie vereinbaren dafür die Zusammenarbeit und den fachlichen Austausch über Ländergrenzen hinweg zu diesem Themenkomplex zu etablieren und zu intensivieren.
4. Sie sprechen sich dafür aus, den Umgang mit der Ressource Wasser auf den Prüfstand zu stellen und über die zukünftige Verteilung von Wasser zu diskutieren. Sie werden hierzu die Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Forschung vertiefen.
5. Sie wollen gemeinsam sachgerechte und innovative Lösungen erarbeiten, um die kritischen Infrastrukturen, wie die Verkehrs- und die Versorgungsinfrastruktur, so zu ertüchtigen, dass sie robust gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels sind.
6. Sie werden gemeinsam die Zivilgesellschaft und die Unternehmen verstärkt in den Prozess einbeziehen, um diese zur Anpassung an den Klimawandel zu aktivieren sowie dazu zu motivieren, selbst Vorkehrungen zu treffen.
7. Sie bitten den Bund, die Länder bei ihren Bestrebungen zur Anpassung an den Klimawandel umfänglich zu unterstützen und durch geeignete Instrumente weiter zu fördern.